

Schriften zum Völkerrecht

Band 259

**Meeresspiegelanstieg
und völkerrechtliche Herausforderungen
für kleine Inselstaaten**

Von

Sebastian Losch



Duncker & Humblot · Berlin

SEBASTIAN LOSCH

Meeresspiegelanstieg
und völkerrechtliche Herausforderungen
für kleine Inselstaaten

Schriften zum Völkerrecht

Band 259

Meeresspiegelanstieg und völkerrechtliche Herausforderungen für kleine Inselstaaten

Von

Sebastian Losch



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum hat diese Arbeit
im Jahre 2022 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2023 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0582-0251
ISBN 978-3-428-18920-5 (Print)
ISBN 978-3-428-58920-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2022 von der juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen. Die wesentlichen Teile der Arbeit wurden bis einschließlich April 2022 erstellt. Literatur konnte bis März 2023 berücksichtigt werden.

Ich danke zunächst meinem Doktorvater Professor Dr. Markus Kaltenborn. Er hat mir viel Freiraum für die Umsetzung meiner eigenen Ideen gegeben und seine konstruktiven Anregungen haben wesentlich zu dem Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Ferner danke ich Frau Professorin Dr. Adelheid Puttler für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ein herzlicher Dank gebührt weiterhin meinen Kollegen und Freunden, durch die ich meine Promotionszeit in schöner Erinnerung behalten werde. *Nick Sternkopf, Victor Meckenstock, Paul Matthies* und *Tobias Lüder* bin ich nicht nur für zahlreiche fachliche Diskussionen, Anregungen und sorgfältiges Korrekturlesen, sondern vor allem für die vielen heiteren Momente und netten Kaffeepausen zu Dank verpflichtet.

Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meinen Eltern, Dirk und Andrea. Ihnen danke ich von Herzen, dass sie mir diese Ausbildung ermöglicht und mich auf meinem bisherigen Lebensweg vorbehaltlos unterstützt und gefördert haben, wodurch sie mir die Basis für meine persönliche und berufliche Entwicklung ermöglichten. Durch ihren steten Rückhalt und ihren Zuspruch haben sie im wesentlichen Maße zum Gelingen der Arbeit beigetragen.

Ihnen widme ich diese Arbeit.

Berlin, im März 2023

Sebastian Losch

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einführung	15
A. Einleitung	15
I. Problemaufriss	15
II. Relevanz des Untersuchungsgegenstands: Die Sonderstellung kleiner Inselstaaten	18
III. Untersuchungsumfang: Eine völkerrechtliche Querschnittsanalyse	20
IV. Gang der Untersuchung	21
B. Klimawandel und kleine Inselstaaten: Besondere Verwundbarkeit	22

Kapitel 2

Meeresspiegelanstieg und Migration	27
A. Der Nexus von Klimawandel und Migration	29
I. Terminologie	30
II. Dimensionen der Beziehung zwischen Umwelt und Migration	34
III. Fazit	40
B. Einordnung in das völkerrechtliche System: Mögliche Regelungsansätze	42
I. Sicherheitsbasierter Ansatz	43
II. Verantwortungsbasierter Ansatz	46
III. Menschenrechtsbasierter Ansatz	47
IV. Stellungnahme	50
C. Entwicklung eines umfassenden Regelungssystems für „Klimamigration“	52
I. Umgang mit „Klimamigration“ nach bestehendem Völkerrecht	53
I. Flüchtlingsrecht	53
a) Die Genfer Flüchtlingskonvention	53
b) Die Guiding Principles on Internal Displacement	57
c) Regionales Flüchtlingsrecht	59
aa) Die OAU-Konvention	59
bb) Die Cartagena-Deklaration	62
cc) Die Kampala-Konvention	63
d) Zusammenfassung	64

2. Staatenlosenregime bei „Untergang des Staates“	65
3. Internationaler Menschenrechtsschutz	70
a) Menschenrechtsschutz im Kontext des Klimawandels	70
aa) Recht auf gesunde Umwelt	72
bb) Recht auf Gesundheit	74
cc) Recht auf Leben	76
dd) Recht auf Selbstbestimmung und Kultur	76
b) Komplementärer Schutz bei grenzüberschreitender Vertreibung	78
aa) Das Non-Refoulement-Gebot außerhalb des Flüchtlingsrechts	78
bb) Meeresspiegelanstieg und erhebliche Gefahr für grundlegende Menschenrechte	81
c) Zusammenfassung	85
4. Verbleibende Schutzlücken	87
a) Interne Vertreibung	87
b) Grenzüberschreitende Vertreibung	88
c) Frühzeitige Migration als Anpassungsmaßnahme	90
aa) Individuelle Migration aufgrund von Klimaeinflüssen	91
bb) Geplante und kollektive Umsiedlung	93
d) Sonderfall kleiner Inselstaaten	94
II. Politische Lösungsansätze und ergänzende Instrumente	97
1. Migration im internationalen Klimaschutzrecht: Die UN-Klimarahmenkonvention	98
2. Die Nansen-Initiative und die Platform on Disaster Displacement	102
3. Das Recht der Entwicklungszusammenarbeit – Die Agenda 2030	104
a) SDGs in Zusammenhang mit Migration	105
b) SDGs mit Relevanz für den Klimawandel	106
c) Zusammenfassung	108
4. Die Global Compacts von 2018	108
5. Fazit	111
III. Zukünftige Konzepte zur Schließung der Schutzlücke	112
1. Konventionslösung	113
a) Anbindung an bestehende Verträge	114
aa) Erweiterung der GFK	114
bb) Protokoll zu der UNFCCC	116
b) Selbstständiges Vertragswerk	119
c) Stellungnahme	121
2. Multidimensionale Lösung	124
a) Ausschöpfen bestehender Regelungssysteme	126
b) Leitlinien statt verbindlicher Konvention – Ein „soft law“-Ansatz	128
c) Regionale und nationale Maßnahmen	131

3. Fazit 134
 D. Ergebnis 135

Kapitel 3

Meeresspiegelanstieg und seerechtliche Auswirkungen 138

A. Das Internationale Seerecht 140
 I. Das Recht der Meereszonen 140
 II. Das Recht der Basislinie 141
 1. Die normale Basislinie 142
 2. Die gerade Basislinie 142
 a) Art. 7 Abs. 1 142
 b) Art. 7 Abs. 2 143
 c) Art. 47 143
 B. Seerechtliche Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs 144
 I. Allgemeine Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf Basislinien und Meereszonen 145
 II. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs im Falle von Inseln und anderen Gebilden 147
 III. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf Archipelstaaten 148
 IV. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf Seegrenzen 149
 C. Anpassungsoptionen 150
 I. De lege lata 151
 1. Nutzung gerader Basislinien 152
 2. Fixierung des Festlandssockels 156
 3. Abgrenzung der Seegrenzen in bilateralen Verträgen 157
 4. Herabsetzung des Seekartennulls 160
 5. Stellungnahme 161
 II. De lege ferenda 161
 1. Vereinbarkeit mit Grundprinzipien des Seerechts 163
 2. Inhaltliche Anpassung des Meereszonenregimes 165
 a) Gegenstand der Fixierung 165
 aa) Fixierung der Basislinien 165
 bb) Fixierung der äußeren Grenzen 167
 cc) Stellungnahme 168
 b) Meereszonen für entterritorialisierte Staaten 169
 3. Format 173
 a) Entwicklung entsprechenden Völkergewohnheitsrechts 173

b) Änderung oder Erweiterung der Bestimmungen des SRÜ	175
aa) Formelle Änderung des SRÜ	175
bb) Komplementäre Vereinbarungen zum SRÜ	176
4. Stellungnahme	178
D. Ergebnis	179

Kapitel 4

Meeresspiegelanstieg und Staatlichkeit 181

A. Bedeutung für kleine Inselstaaten – Staatlichkeit als Manifestation der Selbstbestimmung	183
B. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf die Staatenmerkmale	185
I. Auswirkungen auf das Staatsterritorium	187
II. Auswirkungen auf das Staatsvolk	190
III. Auswirkungen auf die Staatsgewalt	192
IV. Fazit	195
C. Erhalt der Souveränität bedrohter Inselvölker	196
I. Selbstbestimmungsrecht der Völker und SIDSs	196
1. Volk im Sinne des Selbstbestimmungsrechts?	199
2. Inhalt des Selbstbestimmungsrechts im Kontext untergehender Inselstaaten	203
II. Mögliche Szenarien, um die Selbstbestimmung zu erhalten	206
1. Begründung eines neuen Territoriums	207
a) Abtretung von Territorium durch einen Geberstaat	207
b) Käuflicher Erwerb von Territorium	209
c) Künstliche Inseln	210
d) Zusammenfassung	212
2. Freie Assoziation und Integration	213
a) Selbstverwaltung in freier Assoziation	214
b) Föderation	216
c) Zusammenfassung	218
3. Entterritorialisierte Staaten	219
a) Fortbestehende Anerkennung als Völkerrechtssubjekt trotz Verlust des Territoriums?	220
aa) Verbindlichkeit der Montevideo-Kriterien	222
bb) Territorium als Merkmal des Staatenbegriffs	227
cc) Kontinuitätsprinzip	232
dd) Existenzrecht des Staates und Rolle des Selbstbestimmungsrechts	236
ee) Zusammenfassung	239
b) Umsetzung einer entterritorialisierten Staatlichkeit	240

III. Stellungnahme 245
 D. Ergebnis 247

Kapitel 5

Meeresspiegelanstieg und rechtliche Verantwortung 249

A. Kompensationspflichten im Klimarecht 250
 I. Die Geschichte von *Loss and Damage* im Klima-Völkerrecht 252
 II. *Loss and Damage* heute 256
 1. Warschauer Internationaler Mechanismus 256
 2. *Loss and Damage* im Übereinkommen von Paris 258
 3. Finanzfazilität 261
 III. Unzulänglichkeiten des Klima-Völkerrechts in Bezug auf *Loss and Damage* ... 262
 1. Fehlende Trennung von Anpassung und *Loss and Damage* 262
 2. Fehlende definitorische Abgrenzung zwischen Anpassung und *Loss and Damage* 264
 3. Fehlende Definition der von *Loss and Damage* umfassten Situationen 265
 4. Fehlende Kompensations- und Finanzierungsmechanismen 267
 IV. Fazit 268
 B. Staatenverantwortlichkeit bei Umweltschäden 269
 I. Anwendbarkeit 270
 II. Internationally Wrongful Act 271
 1. Völkerrechtliche Primärpflicht 271
 a) Vertragliche Normen 272
 b) „No harm-rule“ 274
 c) Stellungnahme 275
 2. Anwendbarkeit der „No harm-rule“ im Kontext des Klimawandels 275
 3. Umfang der Verpflichtung 277
 a) Verschuldensmaßstab 277
 b) Sorgfaltsmaßstab 282
 aa) Möglichkeit zum Handeln 283
 bb) Vorhersehbarkeit des Schadens 284
 cc) Zumutbarkeit der Wahl der Maßnahmen 285
 c) Zwischenergebnis 288
 4. Kausaler Schaden 288
 a) Kausalitätsstandard 289
 b) Nachzuweisender Kausalzusammenhang 291
 aa) Erste Stufe: Anstieg der THG-Konzentration 291
 bb) Zweite Stufe: Erwärmung 292

cc) Dritte Stufe: Schäden infolge des Klimawandels	292
c) Anforderungen an den zu erbringenden Nachweis	293
d) Nachweis der Kausalität im konkreten Fall	297
aa) Nachweis der Kausalität bei „ <i>sudden-onset</i> “-Ereignissen	297
bb) Nachweis der Kausalität bei „ <i>slow-onset</i> “-Ereignissen	298
III. Rechtsfolge	299
1. Wiedergutmachungspflicht	300
a) Naturalrestitution	300
b) Schadensersatz	302
2. Umfang der Ersatzpflicht	303
a) Problem der ungewissen Ursächlichkeit menschlicher Emissionen	305
b) Problem erlaubter Emissionen	306
c) Problem der Pluralität verantwortlicher Staaten	308
aa) Anteilige Haftung	308
bb) Gesamtschuldnerische Haftung	310
cc) Stellungnahme	314
IV. Fazit Staatenverantwortlichkeit	314
C. Zusammenfassung und Ausblick	316

Kapitel 6

Schlusswort	320
A. Zusammenfassung	320
B. Einordnung der Untersuchungsergebnisse	330
Literaturverzeichnis	335
Dokumentenverzeichnis	359
Stichwortverzeichnis	376

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asiatische Entwicklungsbank
AOSIS	Association of Small Island States
ASR	Draft Articles on State Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts
AU	Afrikanische Union
AWG-LCA	Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CAT	UN-Antifolterkonvention
CBDR	Common but differentiated responsibilities
CCDP	Climate Change Displaced People (nach <i>Hodgkinson et al.</i>)
CCPR	UN Human Rights Committee (auch Committee on Civil and Political Rights)
CIREFCA	Prinzipien und Kriterien für den Schutz und die Unterstützung von Flüchtlingen in Zentralamerika, Rückkehrern und Vertriebenen in Zentralamerika, ein von Rechtsexperten erstelltem Dokument für die Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge
CLCS	Commission on the Limits of the Continental Shelf
CMA	Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Paris Agreement
COP	Conference of Parties
EGMR	Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ENSO	El Niño Sothern-Oscillation
ESPV	Entterritorialisierter souveräner Personenverband (nach <i>Bergmann</i>)
EU	Europäische Union
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
GCF	Green Climate Fund
GFK	United Nations Convention Relating to the Status of Refugees (dt. Genfer Flüchtlingskonvention)
IDMC	Internal Displacement Monitoring Centers
IDPs	Internally Displaced Persons
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission
INDCs	Intended Nationally Determined Contributions
IOM	International Organization for Migration
IPBPR	Internationaler Pakt über politische und bürgerliche Rechte
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IPWSKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

ITLOS	Internationaler Seegerichtshof
LDCs	Least Developed Countries
MDGs	Millennium Development Goals
NGO	Non-governmental Organisation
NZSC	New Zealand Supreme Court
OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
PIF	Pacific Island Forum
RCPs	Representative Concentration Pathways
SDGs	Sustainable Development Goals
SIDSs	Small Island Development States
SPLOS	States Parties to the 1982 United Nations Convention on the Law of the Sea
SRÜ	United Nations Convention on the Law of the Sea (dt.: Seerechtsübereinkommen)
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
THG	Treibhausgas
UN	Vereinte Nationen
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNHCR-ExCom	Executive Committee des UNHCR
UNHRC	UN Human Rights Council
UNOCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
ÜvP	Paris Agreement (dt. Übereinkommen von Paris)
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Klimaveränderungen
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WIM	Warsaw International Mechanism for Loss and Damage Associated with Climate Change Impacts
WIM-ExCom	Executive Committee des WIM
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WWF	World Wide Fund for Nature

Kapitel 1

Einführung

A. Einleitung

Die internationale Gemeinschaft steht vor mannigfachen Herausforderungen im Hinblick auf den Klimawandel – der ehemalige UN-Generalsekretär *Ban Ki-Moon* hat ihn 2011 in einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat als „*the defining issue of our time*“ bezeichnet.¹ Im Bereich des Völkerrechts besteht eine dieser Herausforderungen darin, dass die Auswirkungen des Klimawandels so weitreichend und komplex sind, dass sie nicht auf ein Rechtsgebiet wie etwa das internationale Umweltrecht beschränkt bleiben. Diese Arbeit verdeutlicht die Komplexität und Dringlichkeit dieser Rechtsfragen am Beispiel der rechtlichen Auswirkungen und erforderlichen Anpassungen an den klimawandelbedingten Meeresspiegelanstieg, die sich für die hiervon besonders betroffenen *Small Island Developing States* (SIDSs) ergeben.

I. Problemaufriss

Der Klimawandel und das Ausmaß der Bedrohung, die er für unsere Zivilisation darstellt, werden von der wissenschaftlichen Gemeinschaft mittlerweile als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anerkannt. Er wirkt sich insbesondere auf die Küstenregionen aus, da aufgrund des prognostizierten Anstiegs des Meeresspiegels einige niedrig gelegene Gebiete im Laufe des Jahrhunderts überflutet werden könnten. Der Verlust dieser Küstengebiete gefährdet unmittelbar die Lebensgrundlage großer Bevölkerungsteile und wirkt sich außerdem sowohl auf die ländlichen als auch auf die maritimen Herrschaftsbereiche und somit unmittelbar auf die Integrität einiger Staaten aus. Da ein gewisser Anstieg des Meeresspiegels bereits zu verzeichnen ist und ein weiterer Anstieg nicht vermieden werden kann, sind tatsächliche und rechtliche Anpassungen notwendig, um die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Schäden so gering wie möglich zu halten. Um die konkreten völkerrechtlichen Herausforderungen in diesem Zusammenhang zu identifizieren und den Umfang der erforderlichen rechtlichen Anpassungen zu untersuchen, sind jedoch weitere Anstrengungen notwendig. Diese Arbeit soll hierzu einen Beitrag

¹ UN Security Council, UN Doc. S/PV.6587 (2011), S. 3.

leisten, indem sie sich der Untersuchung des rechtlichen Umgangs mit den Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs am Beispiel kleiner Inselstaaten widmet.

Die 44 Mitglieder der *Association of Small Island States* (AOSIS)² gehören zu den am wenigsten entwickelten und wirtschaftlich schwächsten Staaten, weshalb ihre Anpassungsmöglichkeiten gering und die Risiken infolge unabwendbarer Klimaschäden entsprechend hoch sind. Doch in den letzten Jahren hat sich darüber hinaus das Phänomen der „versinkenden Inselstaaten“ als eines der paradigmatischsten Bilder der globalen Umweltkrise etabliert. Dieser Ausdruck beschreibt die Situation kleiner Inselstaaten wie der Republik der Malediven, Tuvalu, Kiribati und der Marshall-Inseln, die überwiegend aus niedrigen Atoll-Inseln von nur wenigen Dezimetern Höhe über dem Meeresspiegel bestehen und daher drohen, noch innerhalb dieses Jahrhunderts vollständig überflutet zu werden und somit ihr Staatsgebiet zu verlieren.³ Regelmäßige Vergleiche mit der Sage von der versunkenen Stadt Atlantis zeugen von der verbreiteten Faszination für dieses in der Geschichte des Völkerrechts beispiellose Szenario.⁴ Was jedoch zunächst wie eine übertriebene Darstellung der Auswirkungen des Klimawandels auf fundamentale Rechtsinstitutionen wie die Staatlichkeit erscheinen mag, ist in Wirklichkeit ein genaues Abbild der Realität einiger Staaten. Aufgrund der Einzigartigkeit der Bedrohungen dieser Staaten nehmen sie im Kontext des Umgangs mit den Folgen des Klimawandels eine Sonderstellung ein. Nachdem es in den letzten Jahren vermehrt von den Medien aufgegriffen wurde, ist dieses Szenario und die ihm zugrunde liegende Problematik schließlich auf die internationale politische Agenda gesetzt worden.⁵ Als Ursprünge dieses öffentlichen Interesses gelten die Umsiedlungen der Bewohner:innen der

² Alliance of Small Island States (AOSIS), abrufbar unter: <https://www.aosis.org/> (abgerufen am: 13.03.2023).

³ Kiribati – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/kiribati/#geography> (abgerufen am: 13.03.2023); Maldives – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/maldives/> (abgerufen am: 13.03.2023); Marshall Islands – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/marshall-islands/#geography> (abgerufen am: 13.03.2023); Tuvalu – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/tuvalu/#geography> (abgerufen am: 13.03.2023).

⁴ *Allen/Prost, RECIEL* (2022) (1); *Jain, The 21st Century Atlantis: The International Law of Statehood and Climate Change-Induced Loss of Territory* (2014); *Holland/Babson, Atlantis 2.0: How Climate Change Could Make States Disappear – and What That Means for Global Security*, in: Werrell/Femia (Hrsg.), *Epicenters of Climate Change and Security: The New Geostrategic Landscape of the Anthropocene* (2017), S. 27; *McAdam, UNSW Law Research Paper* (2010) (1); *Rayfuse, International Law and Disappearing States: Utilising Maritime Entitlements to Overcome the Statehood Dilemma – University of New South Wales Faculty of Law Legal Studies Research Paper Series No. 52* (2010) (1); *Vidal, Pacific Atlantis: first climate change refugees* (2005); *Witney, N.Z. J. Envtl. L., Vol. 20* (2016), S. 77.

⁵ So wurden die Gefahren für die Staatlichkeit kleiner Inselstaaten 2009 von der UN-Generalversammlung anerkannt: „*Reaffirming that the adverse effects of climate change and sea-level rise present significant risks to the sustainable development of small island developing States, that the effects of climate change may threaten the very existence of some of them [...]*.“ UN General Assembly, UN Doc. A/RES/16/213 (2009).

Carteret-Inseln in der autonomen Provinz Bougainville in Papua-Neuguinea im Jahr 2005 sowie wie auf die der Lateu-Siedlung in Vanuatu, zwei Ereignisse, die um den Titel „erste Klimaflüchtlinge“ der Geschichte konkurrieren. Im Jahre 2009 richteten die Malediven außerdem eine Unterwasserkonferenz aus, um auf die drohende dauerhafte Überflutung ihrer Inseln aufmerksam zu machen.⁶ Spätestens seit diesem Ereignis stieg das Schicksal der „*disappearing states*“⁷ sowohl innerhalb medialer als auch wissenschaftlicher Diskussionen zum Sinnbild der drohenden katastrophalen Folgen des Klimawandels auf. Die steigende Relevanz dieses Themenbereichs wird schließlich durch die Anerkennung der vielschichtigen Folgen des Meeresspiegelanstiegs durch die *International Law Association* (ILA) deutlich, welche ein eigenes *Committee on International Law and Sea Level Rise* einrichtete⁸ und bereits 2012 feststellte, dass erhebliche Gebietsverluste infolge des Meeresspiegelanstiegs ein Thema sind, das über das Seerecht hinausgeht und verschiedene Bereiche des Völkerrechts umfasst, einschließlich so grundlegender Aspekte wie Elemente „*statehood under international law, human rights, refugee law, and access to resources, as well as broader issues of international peace and security*“.⁹ In Anlehnung daran lassen sich folgende völkerrechtliche Problemfelder identifizieren, die in dieser Arbeit behandelt werden sollen:

- der Zusammenhang zwischen klimabedingten Umweltveränderungen und Migration (Kapitel 2)
- die Auswirkungen des meeresspiegelanstiegsbedingten Verlusts von Staatsterritorium auf die seerechtlich bestimmten Meereszonen (Kapitel 3)
- die Auswirkungen des meeresspiegelanstiegsbedingten Verlusts von Staatsterritorium auf die Staatlichkeit und Souveränität (Kapitel 4)
- und schließlich Fragen der rechtlichen Verantwortlichkeit und Lastenverteilung für bereits entstandene und unabwendbare Schäden (Kapitel 5).

⁶ *Ramesh*, Maldives ministers prepare for underwater cabinet meeting (2009); Maldives cabinet makes a splash (2009).

⁷ Siehe für die verbreitete Verwendung dieser Formulierung *Allen*, BOL (2018), S. 1; *Atapatu*, WJELP, Vol. 4 (1) (2014), S. 1; *Grote Stoutenburg*, Disappearing island states in international law (2015); *McAdam*, UNSW Law Research Paper (2010); *Rayfuse*, International Law and Disappearing States: Utilising Maritime Entitlements to Overcome the Statehood Dilemma – University of New South Wales Faculty of Law Legal Studies Research Paper Series No. 52 (2010); *Rayfuse*, W(h)ither Tuvalu? International Law and Disappearing States – University of New South Wales Faculty of Law Legal Studies Research Paper Series No. 9 (2009); *Rayfuse*, *Envtl. Pol’y & L.*, Vol. 41 (6) (2011), S. 281; *Rayfuse*, Sea Level Rise and Maritime Zones: Preserving the Maritime Entitlements of „Disappearing“ States, in: Gerrard/Wannier (Hrsg.), *Threatened Island Nations: Legal Implications of Rising Seas and a Changing Climate* (2013), 167.

⁸ ILA, *Committee single*, abrufbar unter: <https://www.ila-hq.org/index.php/committee-single> (abgerufen am: 12.03.2023).

⁹ ILA, *Report of the 75th ILA Conference Sofia, Resolution 1* (2012), Ziffer 7.